

**KURZ GEFASST**

*Durch den Zustrom vieler Menschen aus unterschiedlichen Regionen und Kulturen hat sich die Sicherheitslage in Deutschland verändert. Vermehrt werden Flüchtlinge Opfer von Diskriminierung, Beleidigung, Körperverletzung und rassistisch motivierter Gewalt. Hinzu kommt die angespannte Situation in den Flüchtlingsunterkünften – nervenzehrendes Warten und räumliche Enge führen zu Konflikten. Es wächst die Anzahl von Konfliktparteien – regionale und religiös motivierte Auseinandersetzungen unter den Geflüchteten verschärfen die Situation. Private Sicherheitsdienste sind darauf nur unzureichend vorbereitet und im schlimmsten Falle selbst Teil von Kriminalität und Gewalt. Auch Zuwanderer selbst begehen Straftaten. Einigen fehlt der Respekt vor den Staatsorganen, der Polizei aber auch den Mitarbeitern in den Unterkünften. Die Attacken unter anderem auf Einsatzkräfte der Polizei nehmen an Qualität und Quantität zu. Viele Menschen empfinden die Antworten des Rechtsstaates als unzureichend. Staatliche Strukturen, die Personaldecke sowie die technische Ausstattung müssen gestärkt und erweitert werden. Ein immer noch ungelöstes Problem stellt zudem der Umgang mit integrationsunwilligen Asylbewerbern dar.*

**AUTOR**


**Rainer Wendt ist Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft**



FOTO: JAZZMANY/SHUTTERSTOCK.COM

# Veränderte Sicherheitslage

## Antworten des Rechtsstaates sind unzureichend

Von Rainer Wendt

Die Entwicklungen der Migrationslage seit dem Frühjahr vergangenen Jahres hat die öffentliche Debatte um Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland befeuert und teilweise hoch emotional werden lassen. Nüchterne Betrachtungen haben es schwer, die Faktenlage ist unübersichtlich und die subjektiven Befindlichkeiten vieler Menschen trüben den Blick.

Selbstverständlich hat sich die Sicherheitslage dadurch verändert, dass viele Menschen aus unterschiedlichsten Regionen, Kulturen, Religionen und Traditionen zu uns gekommen sind. Deshalb ist ein Blick auf die unterschiedlichen polizeilichen und ordnungsrechtlichen Handlungsfelder notwendig.

### Wie sicher sind Flüchtlinge in Deutschland?

Die Polizei in Deutschland versucht mit ungeheurem Aufwand, die Attacken auf Unterkünfte von Migranten zu verhindern und dort, wo sie geschehen sind, die Täter zu ermitteln. Insbesondere letzteres ist angesichts schwieriger Spurenlage, etwa nach einem Brandanschlag, enorm aufwändig und leider viel zu selten erfolgreich.

Aber es sind eben nicht nur Tätergruppen, die solche Anschläge planen und dabei feststellbare Spuren legen. Viele Täter kommen aus dem unmittelbaren Umfeld der Tatorte, sind bislang polizeilich völlig unauffällig und kommen aus der Mitte der Gesellschaft, handeln spontan und einmalig, dies



FOTO: FRONTEX

*Rainer Wendt machte sich im April 2016 auf der griechischen Inseln Lesbos ein Bild von der dortigen Flüchtlingssituation und der Einsatzfähigkeit der FRONTEX-Kräfte*



alles erschwert die Ermittlungsarbeit, abgesehen von der dünnen Personaldecke der Spezialermittler.

Mehr als 1000 Angriffe auf Unterkünfte wurden im vergangenen Jahr gezählt, eine Verfünffachung gegenüber dem Vorjahr, dies dürfte sich in diesem Jahr fortsetzen. Die Festnahmen im sächsischen Freital belegen, dass rechter Terrorismus nicht nur möglich, sondern tatsächlich längst existent ist. Flüchtlinge in Deutschland sind also vor allem zigtausendfach Opfer von Diskriminierung, Beleidigung, Körperverletzung und auch rassistisch motivierter Gewalt.

### Konflikte innerhalb der Unterkünfte

Die räumliche Enge in vielen Aufnahmeeinrichtungen, das lange Warten und Nichtstun, unterschiedliche Nationalitäten und Religionen, verbunden mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Erfahrungen der Menschen, die nach Deutschland gekommen sind, lösen häufig Konflikte aus, die nicht selten mit Gewalt enden und dann ein Einschreiten der Polizei erforderlich machen.

Die Belastung von Polizei und Ordnungsbehörden sind riesig, nicht selten müssen sich einzelne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor gewalttätigen Angriffen schützen. Schon kleinste Anlässe führen dazu, dass Bewohnern die Nerven durchgehen und teilweise massive Gewalt auslösen.

Dies war in der Anfangsphase noch erheblich schlimmer, Deutschland war auf den Zuzug derart vieler Menschen unvorbereitet und in vielen Einrichtungen musste unter schwierigsten Bedingungen improvisiert werden. Das löste eine große Zahl polizeilicher Einsätze aus, häufig mussten ganze Hundertschaften zum Einsatzort, um die Ruhe wenigstens einigermaßen wiederherzustellen.

Völlig überfordert waren private Sicherheitsunternehmen, deren Beschäftigte entweder überhaupt nicht oder nur völlig unzureichend auf ihre Aufgabe vorbereitet waren. Und noch schlimmer: Gelegentlich geht von Beschäftigten der Unternehmen selbst Kriminalität aus, Sexualdelikte, Erpressun-



FOTO: DPOLIG

*DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt besuchte im September 2015 die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (Sachsen-Anhalt) in Halberstadt: Im Aktenschrank stapeln sich die Anzeigen wegen unerlaubter Einreise beziehungsweise unerlaubtem Aufenthalt*

gen, Körperverletzungen – ganz zu schweigen von gewalttätigen Auseinandersetzungen um lukrative Aufträge.

Auch gibt es Hinweise darauf, dass allein reisende Frauen und Familien mit Kindern in besonderer Weise geschützt werden sollten. Immer wieder zeigt sich, dass Frauen sexueller Gewalt ausgesetzt sind und Kinder zum Beispiel für Taschen- und Ladendiebstähle regelrecht „angeworben“ werden.

### Auch Zuwanderer begehen Straftaten

Nicht erst die Kölner Silvesternacht hat gezeigt, dass es Zuwanderer gibt, die keinen Respekt vor unserer Rechtsordnung haben, die hemmungslos Straftaten begehen, Frauen verachten und sexuell attackieren und unsere Werte mit Füßen treten. Ihr Respekt gegenüber Staatsorganen und dem Personal in den Unterkünften bewegt sich häufig auf dem Nullniveau. Es gibt keinen Anlass, dies als „Einzelfälle“ zu verharmlosen oder diejenigen, die die Fakten benennen, politisch zu diskreditieren.

Das Bundeskriminalamt hatte zu Jahresbeginn in einer Studie festgestellt, dass Zuwanderer nicht krimineller seien, als

Deutsche – was freilich auch kein ernstzunehmender Teilnehmer der öffentlichen Debatte je behauptet hatte. Aber die Veröffentlichung zeigt, wie verkrampft, emotional und politisch aufgeladen die Diskussionen geführt werden.

Erstmals soll auf Länderebene die Zahl der Straftaten, die von Flüchtlingen ausgeht, erfasst werden. Die Führung der Statistik steht aber noch am Anfang. Es zeichnet sich bisher ab, dass Diebstahlskriminalität ganz oben auf der Liste der Straftaten steht. Entgegen mancher Diskussionsbeiträge sieht es zumindest statistisch so aus, dass Sexualstraftaten eher die absolute Ausnahme sind, sich im Bereich unter einem Prozent bewegen.

Für die jeweiligen Opfer ist dies allerdings eine völlig bedeutungslose Feststellung. Und für diejenigen, die schlicht Angst haben, wirken statistische Erhebungen ebenfalls nicht beruhigend. Sie verlangen, dass der Staat seiner grundgesetzlichen Schutzpflicht nachkommt und sich eben nicht darauf beschränkt, die Telefonnummer 110 zu empfehlen, wenn es zu einer Straftat gekommen ist.



FOTO: JAZZMANWSHUTTERSTOCK.COM

**Räumliche Enge, langes Warten und Nichtstun kann in Flüchtlingsunterkünften zu Konflikten führen. Um Gewalt vorzubeugen, ist schnelles Eingreifen der Polizei erforderlich**

Tatsächlich gibt es Bemühungen, wenigstens das Entstehen sogenannter Angsträume zu verhindern, etwa durch städtebauliche Kriminalprävention – eine wirkungsvolle Methode, die aber Kapazitäten erfordert.

### **Gesellschaftliche Auswirkungen – die Gewalt nimmt zu**

Die massenhafte Zuwanderung nach Deutschland in kürzester Zeit mit allen dazugehörigen Herausforderungen für die Gesellschaft hat zu heftigen Debatten, Demonstrationen und „Gegendemonstrationen“ geführt. In einer mehrdimensionalen „Wechselwirkungs-spirale“ befeuern sich die jeweiligen Gruppierungen und mobilisieren die politischen, religiösen oder ethnischen Lager.

Denn es sind längst nicht nur die gemeinhin bekannten „Rechts-Links-Demos“, die die Einsatzkräfte in Atem halten. Kurden gegen Türken, Salafisten gegen „Ungläubige“, Iraker gegen Afghanen – die Zahl der Konfliktparteien wächst und die Lage wird immer unübersichtlicher. Der Bombenanschlag von Essen auf einen Sikh-Tempel war offensichtlich das Werk von Salafisten.

Auch die Attacken auf Einsatzkräfte der Polizei nehmen an Qualität und Quantität zu. Sie stehen immer wieder zwischen den verfeindeten Gruppen und werden zum Ziel gewalttätiger Angriffe.

Im Herbst des vergangenen Jahres haben wir die Kontrolle über die Zuwanderung nach Deutschland nicht verloren, sondern freiwillig über einen langen Zeitraum aufgegeben. Hunderttausende sind ins Land gekommen, von denen wir nicht wissen, wer sie sind, wo sie sich aufhalten und mit welchen Absichten sie gekommen sind.

Und entgegen den beschwichtigenden Formulierungen mancher Vertreter der „Willkommenskultur“ haben eben doch Terroristen die Anonymität der Menschenmassen genutzt, unerkannt einzureisen und unterzutauchen.

Die chaotische IT-Infrastruktur macht die Unsicherheit komplett. Behörden, die nicht miteinander kommunizieren können, sind einer modernen Industriena-tion unwürdig und doch an der Tagesordnung. Mehrfachidentitäten machen Sozialleistungsbetrug zum Kinderspiel und erschweren sachgerechten Umgang mit Asylbegehren.

Die jetzt gesetzlich vorgeschriebene Zentraldatei kommt erheblich zu spät; es macht die Menschen in Deutschland zu Recht fassungslos, wie schwerfällig, wirkungslos und verspätet unser Land auf eine Lage reagiert, die lange vorhersehbar war.

### **Die Antworten des Rechtsstaates**

Für viele Menschen sind die Antworten des Rechtsstaates unzureichend, ja beschämend. Die staatlichen Strukturen sind schwach, das Personal und Technik vielfach ausgelaugt, verbraucht, veraltet und die Bereitschaft, mit wirkungsvollen Sanktionen auf begangene Straftaten zu reagieren sind noch immer nicht ausreichend ausgeprägt. Lächerliche Justizentscheidungen lösen nur noch verzweifelte Kopfschütteln aus und bestärken Tendenzen zur Selbstjustiz.

Während von vielen Politikerinnen und Politikern unter dem Eindruck der Silvesternacht, in der massive Straftaten zum Nachteil von Frauen in vielen deutschen Großstädten verübt wurden, nach „harten Strafen“ gerufen und „die volle Härte des Rechtsstaates“ angekündigt wurde, entpuppten sich diese Statements rasch als heiße Luft. Nichts als Ermahnungen, Bewährungsstrafen und lächerliche Arreste folgten. Die Menschen sind zu Recht empört und enttäuscht.

Nach wie vor sind Strafurteile regelmäßig völlig ohne Auswirkungen auf die Asylverfahren; eine zwingende Rechtsfolge, etwa die der sofortigen Inhaftierung und Abschiebung, gibt es ohnehin nicht, ganz zu schweigen von mangelnden Haftplätzen zur Sicherung von Abschiebungsverfahren.

In wenigen Einzelfällen kommt die Justiz zu harten Urteilen und verfügt richtigerweise auch die anschließende sofortige Abschiebung des Täters, aber für viele Menschen reicht das nicht aus. Immerhin sind

Haftaufenthalte für viele junge Männer aus Afrika oder anderen Regionen der Welt eher wenig beeindruckende Unterbrechungen ihrer illegalen Tätigkeit an bekannten Plätzen rings um Bahnhöfe und in Fußgängerzonen unserer Großstädte.

Integration ist für viele das Schlüsselwort, wenn es um die Antwort des Staates auf negative Auswirkungen auf die innere Sicherheit in Deutschland geht. Die Regierungskoalition hat sich auf Eckpunkte verständigt und ein Integrationsgesetz auf den Weg gebracht, in dem viele sinnvolle Sachen stehen. Eine Antwort darauf, wer dieses Gesetz eigentlich umsetzen soll, gibt es wieder einmal nicht.

Und es gibt bislang auch keine Antwort auf die Frage, wie wir mit denjenigen umgehen wollen, die gar nicht integrationsfähig sind, bei denen es schon an der Bereitschaft fehlt, sich in unsere Gesellschaft einzufügen. Die unsere Werte verhöhnen und bekämpfen, unseren Staat und seine Organe ver-lachen und uns ihre Art zu leben aufzwingen wollen.

Deutschland ist ein schwacher Staat, dessen öffentliche Strukturen in den vergangenen Jahren aufgezehrt, abgebaut und systematisch ausgehöhlt wurden. Gesetzliche Regelungen sind häufig eher manifestiertes Wunschkonzert als realistisches Szenario.

Unsere Kommunen und Polizeibehörden vor Ort, die täglich mit der Lebenswirklichkeit konfrontiert werden, stellen sich den Herausforderungen mit bemerkenswertem Durchhaltevermögen, großer Kreativität und unter Aufbietung auch der letzten Reserven. Die Beschäftigten leisten oft Übermenschliches, begeben sich nicht selten persönlich in große Gefahr und müssen ausbaden, was anderswo versäumt wurde.

Richtigerweise befassen sich Polizei und Ordnungsbehörden nicht mit kräftezehrenden Zuständigkeitsdebatten, wie dies Bund und Länder regelmäßig tun, sondern verstehen die öffentliche Sicherheit und Ordnung als gemeinsame Herausforderung.

Deutschland ist nach wie vor eines der sichersten Länder der Welt, wir haben gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten, die vor Ort mit engagierten Kräften von Städten und Gemeinden gemeinsam daran arbeiten, die objektive Sicherheit zu gewährleisten und auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen zu stärken.

Leichter wird es nicht werden, es wird gefährlicher in Deutschland. ■